

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH:
Feldkreuzstraße 3
6063 Rum bei Innsbruck
Österreich

Dokumentenzählr.: SLPS-ICE-001480-AT-003

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt E2 von km 0+000 bis 79+525

Unterlagen nach § 21 NABEG

DECKBLATT II

Teil K02

Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen
Anhang 03: Unterlagen zur Verbotsbefreiung gem. §§ 52 ff.
WHG

00	28.04.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Johannes Geries	David Bösch	Martin Pehm
01	08.07.2024	DECKBLATT II	Johannes Geries	David Bösch	Martin Pehm
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	4
1 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	5
2 Wasserschutzgebiete	6
2.1 Wasserschutzgebiet „WSG Grünbachgruppe“	6
2.1.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	6
2.1.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	6
2.1.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2.....	7
2.2 Wasserschutzgebiet „WSG Dittigheim“	7
2.2.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	7
2.2.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	7
2.2.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2.....	8
2.3 Wasserschutzgebiet „WSG Tauberaue, Lauda-Königshofen“.....	8
2.3.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	8
2.4 Wasserschutzgebiet „WSG Dittwar, Königsheim, Gissigheim, Heckfeld, Oberlauda“	8
2.4.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	8
2.4.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	8
2.4.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2.....	9
2.5 Wasserschutzgebiet „Uiffingen“.....	9
2.5.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	9
2.5.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	9
2.5.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2.....	10

2.6	Wasserschutzgebiet „WSG Rübbrunnen I+II“	10
2.6.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	10
2.6.2	Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	10
2.6.3	Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2	11
2.7	Wasserschutzgebiet „WSG Wehrwiesen, Weigental“	11
2.7.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	11
2.7.2	Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	11
2.7.3	Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2	12
2.8	Wasserschutzgebiet „Möckmühl (SBR Waag) und Möckmühl-Ruchsen (BBR Ruchsen)“	12
2.8.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	12
2.8.2	Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	12
2.8.3	Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2	13
2.9	Wasserschutzgebiet „WSG Neudenu-Siglingen (Wert und Untere Au)“	13
2.9.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	13
2.9.2	Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	13
2.9.3	Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2 – Vorzugstrasse nach übergreifendem Alternativenvergleich	14
2.10	Wasserschutzgebiet „WSG Bad Friedrichshall (Willenbachquelle)“	14
2.10.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	14
2.11	Wasserschutzgebiet „WSG Oedheim (Kochertalaue, Linkenbr.)“	14
2.11.1	Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden	14
2.11.2	Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG	14
2.11.3	Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2	15
3	Verzeichnisse	16
3.1	Glossar	16
3.2	Literatur- und Quellenverzeichnis	16

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
DMS	Dokumentenmanagementsystem
GrwV	Grundwasserverordnung
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WG	Wassergesetz für Baden-Württemberg
WSG	Wasserschutzgebiet

1 Inhalt und Zweck des Dokuments

Das vorliegende Dokument „Teil K02 – Anhang 03: Unterlagen zur Verbotsbefreiung gem. §§ 52 ff. WHG“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung der Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt E2. Es beinhaltet die in die Planfeststellung einkonzentrierten Voraussetzungen der Verbotsbefreiungen nach §§ 52 ff. WHG.

2 **Wasserschutzgebiete**

Nachfolgend werden die Voraussetzungen einer Verbotsbefreiung gemäß §§ 52 ff. WHG für alle im PFA E2 betroffenen Wasserschutzgebiete aufgeführt. Die zur Beurteilung der in die Planfeststellung einkonzentrierten Verbotsbefreiungen notwendigen Informationen sind dem Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ zu entnehmen.

2.1 **Wasserschutzgebiet „WSG Grünbachgruppe“**

2.1.1 **Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden**

Im „WSG Grünbachgruppe“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der § 8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.1.1

2.1.2 **Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG**

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß § 10 [4] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde nach § 110 Abs. 1 WG von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.1.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.1.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.2 Wasserschutzgebiet „WSG Dittigheim“

2.2.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „WSG Dittigheim“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.2.1

2.2.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §10 [5] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.2.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.2.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.3 Wasserschutzgebiet „WSG Tauberaue, Lauda-Königshofen“

2.3.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Es werden keine Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.3.1

2.4 Wasserschutzgebiet „WSG Dittwar, Königsheim, Gissigheim, Heckfeld, Oberlauda“

2.4.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „WSG Dittwar, Königsheim, Gissigheim, Heckfeld, Oberlauda“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.4.1

2.4.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §10 [6] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist

oder

4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.4.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.5.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.5 Wasserschutzgebiet „Uiffingen“

2.5.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „Uiffingen“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.5.1

2.5.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §10 [6] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.5.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.5.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.6 Wasserschutzgebiet „WSG Rübbrunnen I+II“

2.6.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „WSG Rübbrunnen I+II“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §1 Nr. 26 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §1 Nr. 26 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.6.1

2.6.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §7 [7] der Schutzverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. Überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit diese erfordern oder eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.
2. Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen werden oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, um das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften zu schützen, die bei der Erteilung der Befreiung nicht voraussehbar waren.

2.6.3 **Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2**

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.6.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.7 **Wasserschutzgebiet „WSG Wehrwiesen, Weigental“**

2.7.1 **Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden**

Im „WSG Wehrwiesen, Weigental“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.7.1

2.7.2 **Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG**

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß § 10 [3] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.7.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.7.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.8 Wasserschutzgebiet „Möckmühl (SBR Waag) und Möckmühl-Ruchsen (BBR Ruchsen)“

2.8.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „Möckmühl (SBR Waag) und Möckmühl-Ruchsen (BBR Ruchsen)“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. ~~Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.~~

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.8.1

2.8.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §10 [2] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.8.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.8.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.9 Wasserschutzgebiet „WSG Neudenu-Siglingen (Wert und Untere Au)“

2.9.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „WSG Neudenu-Siglingen (Wert und Untere Au)“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der § 8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird § 8 Nr. 3 verletzt, wonach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.9.1

2.9.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §10 [2] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. der bezweckte Schutz ohne deren Einhaltung erreicht werden kann
oder
2. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern
oder
3. die Regelungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist
oder
4. die sofortige Durchführung der Regelungen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

2.9.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2 – Vorzugstrasse nach übergreifendem Alternativenvergleich

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.9.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

2.10 Wasserschutzgebiet „WSG Bad Friedrichshall (Willenbachquelle)“

2.10.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Es werden keine Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.10.1

2.11 Wasserschutzgebiet „WSG Oedheim (Kochertalaue, Linkenbr.)“

2.11.1 Prüfung, ob vom Vorhaben voraussichtlich Verbote der Schutzgebietsverordnung verletzt werden

Im „WSG Oedheim (Kochertalaue, Linkenbr.)“ wird baubedingt Grundwasser angeschnitten und damit der §8 Nr. 2 der WSG-Verordnung des Schutzgebietes verletzt, wonach Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird verboten sind. Weiterhin wird §8 Nr. 3 verletzt, wo-nach Bohrungen in der Zone III verboten sind.

Für weiterführende Informationen siehe Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.11.1

2.11.2 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 des WHG kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Für die Erteilung der Befreiung gilt § 11a Absatz 4 und 5 entsprechend, wenn die Befreiung für ein Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich ist.

Gemäß §6 [1] der Schutzgebietsverordnung kann die zuständige Behörde jeweils in ihrem Dienstbezirk von den angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung widerruflich oder befristet Ausnahmen erteilen, wenn:

1. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit diese erfordern oder eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.

2. Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen werden oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, um das Grundwasser vor nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften zu schützen.

2.11.3 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2

Aufgrund der im Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 4.3.2.11.1 und 4.4 dargestellten Wirkungsprognosen und Vermeidungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Schutzzweck nicht nachhaltig gefährdet wird und somit eine Befreiung wegen überwiegender Gründe des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden kann.

3 Verzeichnisse

3.1 Glossar

Keine Einträge vorhanden.

3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Landratsamt Heilbronn (1983): Rechtsverordnung des Landratsamts Heilbronn zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wasserfassungen der Gemeinde Oedheim
- [2] Landratsamt Heilbronn (2005): Verordnung des Landratsamts Heilbronn vom 07. Dezember 2005 zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wasserfassungen Brunnen Domeneck, Waagerner Tal und Ruchsen der Stadt Möckmühl
- [3] Landratsamt Hohenlohekreis (1994): Rechtsverordnung zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen „Wehrwiesen“ der Stadt Widdern, Kreis Heilbronn für die gemeinsame Wasserversorgung des Stadtteiles Unterkessach und des Gemeindeteils Weigental der Gemeinde Schöntal, Hohenlohekreis
- [4] Landratsamt Main-Tauber-Kreis (2006): Rechtsverordnung des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis vom 20.01.2006 zum Schutz des Grundwassers in den Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen des Zweckverbandes Wasserversorgung Grünbachgruppe, Sitz: Rathaus Grünsfeld für die Brunnen II und IV, Gemarkung Grünsfeldhausen, Stadt Grünsfeld, den Brunnen „Beuth“, Gemarkung Großrinderfeld, und den Brunnen „Ilmspan“, Gemarkung Ilmspan, Gemeinde Großrinderfeld, Tauberbischofsheim
- [5] Landratsamt Main-Tauber-Kreis (1996): Rechtsverordnung des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis vom 20.01.2006 zum Schutz des Grundwassers in den Einzugsgebieten der Wassergewinnungsanlagen der Stadt Tauberbischofsheim für die Bohrbrunnen 1,3,5,6 und 15 im Stadtteil Dittigheim, Tauberbischofsheim
- [6] Landratsamt Main-Tauber-Kreis (1994): Rechtsverordnung des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis vom 22.07.1994 zum Schutz des Grundwassers in dem gemeinsamen Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen für die Quelfassung Dittwar I, Quelfassung Dittwar II, Quelfassung Königheim, Brunnen Weetwiesen (Gissigheim), Brunnen Heckfeld, Quelfassung Tiergarten (Oberlauda) und Quelfassung Kreisbächlein (Oberlauda), Tauberbischofsheim
- [7] Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (1991): Verordnung des Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Quelfassungen „Rübbrunnen I und II“, der Stadt Ravenstein, Gemarkung Merchingen, Mosbach